

GSP.B-01-075-3 Kapitel 7: In Bildung investieren

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu GSP.B-01

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

Strukturen im Unterricht und in der Schule helfen, Potentiale zu entfalten und unterschiedliche Stärken zu entwickeln.

(315 a) Schulen tragen als Orte der kontroversen Diskussion gesellschaftlicher Fragestellungen dazu bei, Kinder zu mündigen, demokratisch mitgestaltenden Bürger*innen zu bilden. Die Anleitung dieser Diskussionen obliegt dem pädagogisch geschulten Personal der Schulen, weshalb Schulen Interessengruppen wie der Bundeswehr keine Bühne bieten sollen – weder im Unterricht, noch im Rahmen von Aktivitäten zur Berufsvorbereitung.

Begründung

In den Schulgesetzen vieler Länder ist der Auftrag von Schule, zu Demokratie und Frieden zu erziehen, bereits festgehalten. Noch immer gibt es in Deutschland eine Vielzahl Minderjähriger, die ihren Wehrdienst absolvieren. Insbesondere so lange die prekären Berufsaussichten der Mehrzahl der Schüler*innen sich nicht verbessert haben, darf der Bundeswehr keine Bühne in Schulen gegeben werden, sich als vermeintlich zivile, Sicherheit bietende Arbeitgeberin dazustellen.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Matthias Linnemann (KV Ebersberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jutta Jankowsky-Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ben Seel (KV Frankfurt); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Christina Markfort (KV Bamberg-Stadt); Daniel Seniuk (KV Bamberg-Stadt); Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt); sowie 9 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.